



## Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Mut zu Reformen: Drastische Reduzierung der Lohnnebenkosten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, den Faktor „Arbeit“ bei den Kosten für die sozialen Sicherungssysteme drastisch zu entlasten. Um alle Steuerzahler an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen, sollen die Kosten aufkommensneutral durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden.

Begründung:

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beruht seit mehr als 100 Jahren im wesentlichen auf dem Faktor „Arbeit“. Diese Grundlagen entsprechen nicht mehr den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen. Dazu tragen die demographische Entwicklung, das immer teurer werdende Gesundheitssystem, die Entlastung der menschlichen Arbeitskraft durch den Einsatz von Maschinen, sowie die Finanzierung der Kosten der Wiedervereinigung über die Sozialkassen bei.

Die Lohnnebenkosten von jetzt über 40% gleichen einer Strafsteuer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wer Arbeitsplätze schafft, finanziert außerdem versicherungsfremde Leistungen der Sozialkassen, also Aufgaben der gesamten Gesellschaft. Das jetzige Finanzierungssystem der sozialen Sicherung ist nicht mehr ausreichend geeignet, die Schaffung von dringend erforderlichen neuen Arbeitsplätzen anzuregen.

Günter Neugebauer  
und Fraktion

Monika Heinold  
und Fraktion